



Donnerstag, 29. Oktober 2026, 16:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Westasien am Wendepunkt

Die Huthis, Saudi-Arabien und der Kampf um eine neue Sicherheitsordnung haben mehr Einfluss auf Deutschland, als es vielen bewusst ist.

von Jochen Mitschka

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Mohammed al-wafi)

*Die Region um den persischen Golf bis zum Roten Meer
hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der*

wichtigsten Regionen für die deutsche import- und exportabhängige Wirtschaft entwickelt. Daher ist die Entwicklung dort für die Menschen wichtiger, als die meisten Europäer wissen. Energie, Düngemittel, Chemierohstoffe, auch Finanzen sind wichtige Faktoren. Schauen wir uns an, was sich dort zusammenbraut. Die militärische Eskalation im Jemen, die Verwundbarkeit der saudischen Infrastruktur, neue Verteidigungsbündnisse und der Streit um die künftige Sicherheitsordnung am Persischen Golf greifen zunehmend ineinander. Gleichzeitig versuchen Pakistan, Oman und Russland, eigene diplomatische Rollen zu behaupten. Die zentrale Frage lautet: Kann Saudi-Arabien seine bisherige Strategie gegenüber dem Jemen noch durchsetzen, oder entsteht eine regionale Ordnung, in der die jemenitische Hauptstadt Sanaa dauerhaft als eigenständiger Machtfaktor anerkannt werden muss?

John Sawers: Ansar Allah wird sich militärisch kaum beseitigen lassen

Eine bemerkenswerte Einschätzung aus dem britischen

Geheimdienstmilieu: Der frühere MI6-Chef Sir John Sawers erklärte beim Doha Global Security Forum

(<https://www.euronews.com/2026/10/20/qatar-revamped-its-entire-defence-system-in-six-hours-intelligence-chief-reveals>),

dass Ansar Allah, die Huthi-Miliz, nicht besiegt werden werde und auf absehbare Zeit einen großen Teil des Jemen kontrollieren dürfte. Er verwies auf die begrenzten Möglichkeiten Saudi-Arabiens

und darauf, dass die Versuche, eine konkurrierende Regierung dauerhaft zu etablieren, in den vergangenen zehn Jahren nicht erfolgreich (<https://dailyyemen.net/2026/10/20/former-head-of-british-intelligence-sanaa-forces-are-here-to-stay-and-will-not-be-defeated-and-will-remain-in-control/>) gewesen seien.

Taiz: Der militärische Druck auf eine strategische Stadt wächst

Die Lage um Taiz

(<https://www.aletihad.ae/news/%D8%B9%D8%B1%D8%A8%D9%8A-%D9%88%D8%AF%D9%88%D9%84%D9%8A/4309234/%D8%B1%D9%81%D8%B6--%D8%A7%D9%84%D8%AD%D9%88%D8%AB%D9%8A%D9%8A%D9%86--%D8%B1%D9%81%D8%B9-%D8%AD%D8%B5%D8%A7%D8%B1-%D8%AA%D8%B9%D8%B2-%D9%8A%D8%B9%D8%B1%D9%82%D9%84-%D8%AC%D9%87%D9%88%D8%AF-%D8%A7%D9%84%D8%B3%D9%84%D8%A7%D9%85>)

gehört zu den gefährlichsten Entwicklungen im Jemen. Die Stadt liegt an wichtigen Verkehrsverbindungen zwischen dem Hochland, Aden und der Küstenregion am Roten Meer. Wer die Zufahrtswege kontrolliert, kann die Versorgung der Bevölkerung und die militärischen Bewegungen in der Region erheblich beeinflussen.

Der Sondergesandte der Vereinten Nationen (UN) Hans Grundberg warnte am 9. Oktober 2026 vor einer Rückkehr zum umfassenden Krieg – was bei inzwischen fast 1.000 Luftangriffen Saudi Arabiens und angeblich auch Angriffen Israels gegen den Jemen etwas seltsam klingt. Seit September hätten sich die Kämpfe unter anderem in den Gebieten um Taiz, al-Mocha und an der Küste am Bab al-Mandab „verschärft

gehört zu den gefährlichsten Entwicklungen im Jemen. Die Stadt liegt an wichtigen Verkehrsverbindungen zwischen dem Hochland, Aden und der Küstenregion am Roten Meer. Wer die Zufahrtswege kontrolliert, kann die Versorgung der Bevölkerung und die militärischen Bewegungen in der Region erheblich beeinflussen.

Der Sondergesandte der Vereinten Nationen (UN) Hans Grundberg warnte am 9. Oktober 2026 vor einer Rückkehr zum umfassenden Krieg – was bei inzwischen fast 1.000 Luftangriffen Saudi Arabiens und angeblich auch Angriffen Israels gegen den Jemen etwas seltsam klingt. Seit September hätten sich die Kämpfe unter anderem in den Gebieten um Taiz, al-Mocha und an der Küste am Bab al-Mandab „verschärft

<https://dppa.un.org/en/news/yemen-has-returned-to-full-scale-war-special-envoy-warns>“.

Am 20. Oktober beschrieb der UN-Humanitärkoordinator die Situation in Taiz als rasch eskalierende humanitäre Krise. Straßensperrungen und Unsicherheit behinderten die Versorgung mit Treibstoff und anderen lebenswichtigen Gütern.

Die Lebensmittel- und Treibstoffpreise hätten sich mehr als verdoppelt; die Wasserproduktion in der Stadt sei auf die Hälfte zurückgegangen. Die Vereinten Nationen **forderten sichere Zugänge** (<https://dppa.un.org/en/news/yemen-has-returned-to-full-scale-war-special-envoy-warns>) für Lebensmittel, Medikamente und humanitäre Hilfe. Das hatten sie auch getan, als Saudi-Arabien die schlimmste Hungerblockade gegen das Land errichtet hatte, ohne aber wirklich ernsthaft diplomatisch tätig zu werden.

Die UN spricht nun von Millionen Menschen, die in der Stadt und den umliegenden Gebieten keinen ausreichenden Zugang zu lebenswichtigen Gütern haben. Die militärische Lage ist nicht allein mit dem Begriff „Belagerung“ zu erfassen: Straßensperren, wechselnde Frontlinien und die Kontrolle einzelner Zufahrtswege können eine Stadt faktisch isolieren, ohne dass sämtliche Verkehrswege zu jedem Zeitpunkt vollständig geschlossen sind.

Najran: Historischer Anspruch ist nicht gleich heutigem Gebietsanspruch

Im Norden des Jemens stellt sich eine andere Frage. Angeblich sollen die Stämme in der saudischen Provinz Najran Interesse bezeugt haben, Teil des Jemens zu werden. Die Frage, ob Ansar Allah im Zuge des Krieges auch Najran zurückgewinnen könnte, berührt

einen besonders empfindlichen Punkt des saudisch-jemenitischen Verhältnisses.

Najran liegt heute in Saudi-Arabien, nahe der jemenitischen Grenze. Die Region hat eine eigene historische Entwicklung und war Gegenstand früherer territorialer Auseinandersetzungen zwischen den saudischen und jemenitischen Herrschaftsgebieten. Nach dem saudisch-jemenitischen Krieg von 1934 verzichtete das damalige Königreich Jemen unter Kriegsdrohungen und eigener Schwäche auf seine Ansprüche. Najran wurde Saudi-Arabien zugeschlagen. Eine historische Übersicht bietet der Eintrag zum „Fürstentum Najran (https://en.wikipedia.org/wiki/Principality_of_Najran?utm_source=chatgpt.com)“.

Eine territoriale Ausweitung des Kriegs nach Saudi-Arabien wäre ein anderes strategisches Projekt als die Verteidigung der jemenitischen Souveränität. Sie könnte die saudische Führung unter Druck setzen, aber auch eine umfassendere regionale Intervention begünstigen.

Der Mekka-Verteidigungspakt: Kann ein Angriff auf Saudi-Arabien zur regionalen Bündniskrise werden?

Am 7. August 2026 unterzeichneten (<https://anewz.tv/world/world-news/23878/mecca-joint-defence/news>) Saudi-Arabien, Pakistan und die Türkei das Makkah Joint Defence Agreement, das als Mekka-Verteidigungspakt bezeichnet wird. Der Vertrag sieht vor, dass ein bewaffneter Angriff auf einen der drei Staaten als Angriff auf alle drei betrachtet wird. Außerdem soll die militärische Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Am 20. Oktober wurde das Abkommen dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Reuters berichtet, dass der Vertrag 16 Artikel umfasst und sich in seiner Grundidee an der kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags orientiert.

Die **türkische Regierung**

(<https://www.aljazeera.com/news/2026/8/8/turkiye-says-mecca-defence-pact-not-aimed-at-iran>) hatte zuvor betont, dass das Abkommen nicht gegen einen bestimmten Staat gerichtet sei. Auch Pakistan bezeichnete es als defensiv.

Die zentrale Frage ist, wie der Vertrag einen bewaffneten Angriff definiert und welche Maßnahmen die Mitgliedstaaten daraufhin ergreifen dürfen oder müssen. Ein Angriff auf saudisches Gebiet könnte von Riad als Auslöser für die Beistandsklausel dargestellt werden. Bisher halten sich die Türkei und Pakistan entfernt von der jemenitischen Grenze und konzentrieren sich auf die Verteidigung der wichtigsten Städte gegen Raketen- und Drohnenangriffe. Aber das könnte sich ändern, wenn der Jemen versuchen sollte, Najran zu annektieren.

Das strategische Risiko bleibt erheblich: Ein Bündnis, das Saudi-Arabien schützen soll, kann den Krieg regionalisieren, falls die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen weit auslegen. Umgekehrt kann die Existenz des Pakts auch abschreckend wirken, wenn die Beteiligten vermeiden wollen, selbst in einen langwierigen Krieg hineingezogen zu werden.

Pakistan, der Iran und die Macht der Finanzmärkte

Pakistan ist in dieser Krise zugleich Nachbar Irans, Partner Saudi-Arabiens und Vermittler zwischen Teheran und Washington. Gerade

deshalb ist die vorübergehende Unterbrechung des Grenzhandels mit Iran politisch bedeutsam.

Am 18. und 19. Oktober wurde bekannt, dass Pakistan den Handel über die Grenzübergänge Taftan und Gabd-Rimdan ausgesetzt hatte. Nach Berichten **saßen etwa 2.000 Lastwagen auf beiden**

Seiten fest

(<https://www.aljazeera.com/news/2026/10/19/pakistan-suspends-iran-border-trade-amid-violence-on-both-sides>). Die pakistanischen Behörden verwiesen auf Sicherheitsprobleme, Schmuggel und eine bessere Grenzverwaltung. Iran nannte technische Probleme und Vorsichtsmaßnahmen als Erklärung. Pepe Escobar **erklärt** (<https://strategic-culture.su/news/2026/10/19/exclusive-whats-really-happening-at-iran-pakistan-border/>), wie kompliziert die Situation ist, und welche Rolle die USA und die von den USA kontrollierte Finanzinstitution IMF spielen. Er schreibt:

„Ob es bei einer kurzen administrativen Unterbrechung bleibt oder sich ein dauerhafter Engpass verfestigt, wird sich in den kommenden zwei Wochen anhand von drei Indikatoren zeigen:

- eine angepasste EIF-Regelung (Electronic Import Form) oder eine entsprechende Mitteilung des Handelsministeriums zu Tauschgeschäften (Barter-Handel);
- eine separate Zollabfertigung für Transitfracht über Gwadar/Karachi;
- nachweisbare Gütertransporte über die Bahnverbindung Taftan-Zahedan.

Möge die Lektion – am Beispiel der seltenen Erden – dem gesamten Globalen Süden zu denken geben: Es gibt keinen Weg, das ‚Imperium‘ zu bekämpfen, ohne dessen Kontrolle über das internationale Finanzsystem zu umgehen.“

Wie groß ist der Einfluss des Internationalen Währungsfonds (IWF)?

Pakistan ist finanziell stark auf internationale Kreditgeber angewiesen. Am 7. Oktober meldete der IWF eine Einigung auf Mitarbeiterebene über die nächste Überprüfung seines Kreditprogramms. Nach Zustimmung des Exekutivdirektoriums könnte Pakistan rund eine Milliarde US-Dollar aus dem bestehenden Programm und weitere 210 Millionen Dollar aus einem Klima- und Resilienzprogramm erhalten. Die Gesamtauszahlungen aus beiden Vereinbarungen würden damit auf etwa 5,7 Milliarden Dollar steigen

(<https://www.imf.org/en/news/articles/2026/10/07/pr26326-pakistan-imf-complete-2026-aiv-consultation-reaches-sla-on-4th-review-eff-3rd-review-for-rsf>).

Das illustriert einen realen strukturellen Zusammenhang: Wenn ein Staat dringend auf Refinanzierung und Devisen angewiesen ist, können Kreditbedingungen seinen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einschränken.

Die USA besitzen als einflussreicher IWF-Mitgliedstaat erhebliches Gewicht. Kritiker sagen, sie dominieren die Institution und setzen sie als Werkzeug für geopolitische Zwecke ein. Die internationale Bedeutung des Dollars ermöglicht den USA, über Finanzmärkte, Sanktionen und den Zugang zu Zahlungswegen Druck auszuüben.

China ist ein möglicher alternativer Partner. Eine Abkehr vom Dollar ist aber mit zusätzlichen Kosten und Risiken verbunden: Wechselkursrisiken, die Liquidität alternativer Währungen, bestehende Schuldenverträge und der Zugang zu internationalen Kapitalmärkten begrenzen die Geschwindigkeit eines solchen Wandels.

Lawrows Vorschlag: Sicherheit für alle Golfstaaten statt exklusiver Bündnisse

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am 18. Oktober bei einem Treffen mit Vertretern des Golfkooperationsrats in Bahrain erneut eine regionale Sicherheitsordnung vorgeschlagen. Die Küstenstaaten des Golfs und ihre Nachbarn sollten direkt miteinander verhandeln; zusätzlich könnten die Arabische Liga, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit und die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats **unterstützend einbezogen werden** (<https://www.aa.com.tr/en/eurasia/moscow-says-it-backs-gcc-efforts-to-prevent-return-to-full-scale-war-in-middle-east/4092642>).

Die Grundidee ist nicht neu. Russland wirbt seit Jahren dafür, Iran in eine regionale Sicherheitsarchitektur einzubeziehen, statt die Sicherheit des Golfs ausschließlich durch militärische Partnerschaften mit den USA oder anderen externen Mächten zu organisieren. Bereits im September hatte Lawrow für einen solchen Dialog geworben.

Aus einer Sanaa-nahen Perspektive ist dieser Ansatz interessant, weil er grundsätzlich Raum für ein Sicherheitsmodell eröffnet, in dem die Interessen Irans, Saudi-Arabiens und der übrigen Anrainer berücksichtigt werden. Für den Jemen wäre entscheidend, ob eine solche Ordnung auch den Krieg, die Souveränität des Landes und die gegenseitigen Sicherheitsbedenken ernsthaft behandelt.

Die russische Initiative ist bisher nur ein Vorschlag. Auch die Golfstaaten selbst sind uneins über die Ursachen der Eskalation und die Rolle Irans. Bei dem Treffen in Bahrain forderten Vertreter des Golfkooperationsrats Russland auf, seinen Einfluss gegenüber Teheran zu nutzen, um Angriffe auf Golfstaaten zu stoppen – was schwierig ist, solange diese Golfstaaten die angreifende Koalition

Israel und die USA in ihren Ländern operieren lassen.

Russland legte Ende 2021 Entwürfe für Sicherheitsvereinbarungen mit den USA und der NATO vor. Die westlichen Staaten lehnten zentrale russische Forderungen ab, insbesondere einen Ausschluss weiterer NATO-Erweiterungen und eine Rückkehr zu bestimmten militärischen Dispositionen. Die Frage, ob ein umfassenderes Sicherheitsmodell damals hätte entwickelt werden können, wird vom Westen bestritten. Durch die Nichtberücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen entstand dann die Ukrainekrise. Wenn sich die Golfstaaten nicht einigen, könnten die Folgen schlimmer werden als der Ukrainekrieg für Europa.

Warum könnte ein regionales Modell attraktiver sein?

Die jüngste Eskalation zeigt die Grenzen einer Sicherheitsordnung, die auf militärischer Abschreckung und externen Schutzgarantien, insbesondere der USA, beruht. Wenn Angriffe auf Infrastruktur, Energieversorgung und Verkehr auch wirtschaftlich eng verflochtene Staaten treffen, können selbst militärisch starke Länder nicht alle Risiken ausschließen.

Ein solcher Ansatz verlangt nicht zwangsläufig, dass die Golfstaaten sämtliche Beziehungen zu den USA oder Großbritannien abbrechen. Realistischer wäre zunächst, ihre Abhängigkeit von einzelnen Schutzmächten zu reduzieren und regionale Vereinbarungen zu schaffen, die auch dann funktionieren, wenn externe Mächte ihre Politik ändern. Aber ohne eine drastische Reduzierung der US-Präsenz wird es wohl nicht funktionieren.

Die engen Beziehungen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel sowie die im Westen angelegten

Vermögenswerte vieler Eliten können eine strategische Neuorientierung erschweren.

Zusammenfassung

Der Krieg gegen Russland in Europa hat die europäische Wirtschaft durch Sanktionen und Finanzhilfen für die Ukraine schon dramatisch negativ beeinflusst. Durch gesprengte Pipelines und dogmatische Klimapolitik fallen die Folgen ganz besonders in Deutschland auf.

Wenn nun auch noch eine verlängerte und vielleicht sogar eskalierende Krise in Westasien hinzukommt, die Gas- und Ölpreise langfristig hoch bleiben oder steigen, während günstige Düngemittel und andere Rohstoffe fehlen, und Transporte durch Schließung von Meerengen immer teurer werden, droht der Wirtschaft in der EU die Luft auszugehen. Ohne eigene Rohstoffe, ohne finanziellen Spielraum für Forschung und Entwicklung – weil alles in die Rüstungsproduktion gesteckt wird, ohne Modernisierung der Infrastruktur – werden Deutschland und die EU bald aufhören, eine Rolle in der Welt zu spielen, statt wie einst frohlockt wurde „Wir sind wieder wer“, als Deutschland endlich an Kriegen teilnahm.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „Westasien am Wendepunkt: AnsarAllah, Saudi-Arabien und der Kampf um eine neue Sicherheitsordnung“ (<https://tkp.at/2026/10/21/westasien-am-wendepunkt-ansarallah-saudi-arabien-und-der-kampf-um-eine-neue-sicherheitsordnung/>)“ bei **tkp** (<https://tkp.at>).



Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfasste er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. Er kam 2009 zurück nach Deutschland, um bis zu seinem Ruhestand im August 2017 als angestellter Projektkoordinator und -manager für eine führende Softwarefirma zu arbeiten. Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er Artikel unter eigenem Namen für verschiedene alternative Internetseiten, übersetzt Bücher (Dirty War on Syria, MH17) und schreibt Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen „Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg“; „Schattenkriege des Imperiums — Der Krieg gegen den Iran“, und in der gleichen Reihe „Die Zukunft Palästinas“; die E-Books „Israel 2018“ und „Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren“.